

„EINE WAGENBURG DES WESTENS“

Hegemonie oder multipolare Welt? Das Ringen zwischen G7 und BRICS-Staaten um die Ordnung der Welt.

Peter Wahl sprach auf dem Verbandstreffen der Kuhlen Wampe über den G7-Gipfel in Garmisch-Partenkirchen. Wahl gehörte über Weed, der Organisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung, zu den Gründungsmitgliedern des Netzwerks Attac Deutschland und prägte dessen Aufbau. Bis zum G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007 war Wahl Mitglied und Sprecher im Koordinationskreis von Attac. Er ist heute Mitglied des wissenschaftlichen Beirates von Attac und Vorstandsvorsitzender von Weed. Der Publizist wurde für die Megaphon von Michael, KW Berlin, befragt.



Peter Wahl

Anfang Juni treffen sich die Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen des Westens in einem Schlosshotel bei Garmisch-Partenkirchen. Warum ist Protest angesagt?

Der G7-Gipfel verkörpert in seiner Inszenierung als Weltwirtschaftsgipfel eine Anmaßung. Die Einwohner der G7-Staaten machen weniger als 15 Prozent der Weltbevölkerung aus. Vor 40 Jahren, als die Weltwirtschaftsgipfel ins Leben gerufen wurden, prägten die Teilnehmerstaaten der Gipfel immerhin noch die Weltwirtschaft. Aber auch das ist heute nicht mehr Fall. Die Schwellenländer, allen voran die BRICS-Staaten also Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, holen ökonomisch auf, und sie repräsentieren 40 Prozent der Weltbevölkerung. Aber auch wenn es keinen Bedeutungsverlust gegeben hätte, müsste man gegen den G7-Gipfel protestieren. Denn die Politik dieses Bündnisses ist einseitig an

Kapitalinteressen ausgerichtet.

Wie verteilt sich das wirtschaftliche Gewicht?

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt gehören Kanada und Italien schon jetzt nicht mehr zur Gruppe der sieben stärksten Industrienationen. Misst man wirtschaftliche Stärke in realer Kaufkraft, fallen auch Großbritannien und Frankreich aus der Gruppe heraus. China war im Jahr 2013 nahezu gleichauf mit den USA. 2015 steht es an der Spitze, vor den USA. Es folgen Indien, Japan, Deutschland, Russland und Brasilien.

Welche Bedeutung hat das Treffen in Garmisch-Partenkirchen? Handelt es sich um eine Art Weltregierung oder treffen sich die Regierungschefs zum Kaffeepauschen?

Weder noch. Die G7 haben nicht mehr die Möglichkeit, allein weltwirtschaftliche Weichen zu stellen. Dazu sind sie nicht

repräsentativ genug. Aber es geht auch um mehr als PR. Der Gipfel soll dazu dienen, sich strategisch im Ukraine-Konflikt abzustimmen, sich über die Krise der EU und das weitere Vorgehen im Mittleren Osten gegen den IS zu beraten. 500 Jahre lang dominierte Europa die Weltgeschichte. Seit dem II. Weltkrieg gelingt das nur noch unter Führung der USA. Doch der stetige Bedeutungsverlust des Westens schreitet voran. Der G7 wird unter diesen Bedingungen zur Wagenburg, mit der er sich dieser Entwicklung entgegenstemmt.

„TTIP, Nato, IWF – die G7 sind die Spinne im Netz“

Sind die G7 einflussreicher als die UN?

Ja. Die G7 sind sozusagen die Spinne im Netz. Um sie herum haben sich wichtige Institutionen angesiedelt, in denen die Gipfelteilnehmer den Ton angeben. Das stärkste Militärbündnis der Welt, die Nato,

gehört dazu. IWF und Weltbank sind auf die Wirtschaft bezogen der operative Arm der G7. Der IWF gibt für Länder in Not detaillierte Anpassungsprogramme vor, sogenannte Strukturformen, die regelmäßig sozial Schwache treffen und Kapitalgeber ungeschoren lassen. Seit 2010 sieht ein IWF-Beschluss vor, die Stimmverhältnisse im IWF den veränderten wirtschaftlichen Gewichten anzupassen. China würde mehr Gewicht erlangen. Doch die USA und Europa verteidigen ihre Privilegien und blockieren jede Veränderung. Mit dem transatlantischen Handelsabkommen TTIP wollen die USA und Europa den Welthandel zu ihren Gunsten neu ausrichten. Hillary Clinton sieht in TTIP „die ökonomische Nato“.

Was prägte die weltpolitische Lage 1975, als der erste Weltwirtschaftsgipfel einberufen wurde?

Die USA hatten gerade den Vietnamkrieg verloren. Nicht

zuletzt wegen der enormen Kosten des Krieges musste der Goldstandard des US-Dollars aufgegeben werden. Damit brach der Kern des alten Währungssystems fester Wechselkurse weg. Ein System flexibler Kurse wurde eingeführt.

Die Gipfel sollten helfen, das neue System auszutarieren. Politisch kam das der Aufgabe des absoluten Machtanspruchs der USA gleich, der Anerkennung der kleineren kapitalistischen Mächte, unter ihnen die Weltkriegsverlierer Japan und Deutschland, als Juniorpartner. Wo findet sich die stärkste Konkurrenz zum G7-Bündnis? Das sind ohne Zweifel die BRICS-Staaten. Im Jahr 2009 haben sich die wichtigsten Schwellenländer zusammengefunden und dem Ziel einer multipolaren Weltordnung verpflichtet. Inzwischen haben sie ihre Zusammenarbeit intensiviert und sich auf die Gründung eines mit 100 Milliarden Dollar ausgestatteten eigenen Währungsreservefonds und einer eigenen Entwicklungsbank verständigt.

„Der Westen hat seit jeher Menschenrechte instrumentalisiert“

Kanzlerin Merkel hebt mit Blick auf den G7 Gipfel die Wertegemeinschaft des Westens hervor, das Entstehen für Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Trifft das den Punkt?

Merkel will die Machtkonkurrenz ideologisch überhöhen. Anders als im Kalten Krieg gibt es zwischen G7 und den BRICS-Staaten keine grundlegend unterschiedlichen wirtschaftlichen Ordnungsprinzipien. Es sind alles kapitalistische Gesellschaften. Allenfalls kann man in den BRICS-Staaten von einem größeren Ausmaß staatlichen Einflusses in der Wirtschaft reden. Am stärksten ist er in China. Russland orientiert sich zunehmend an dem chinesischen Beispiel. In Indien ist der staatliche Einfluss in der Wirtschaft traditionell stark, wird aber eher

abgebaut. Brasilien macht gute Erfahrungen mit sozialstaatlicher Regulierung. Südafrika hat am wenigsten Staat in der Wirtschaft. Das neoliberale Modell strahlt in all diesen Ländern nicht so hell.

Und bezogen auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit?

Der Westen hat seit jeher Menschenrechte für seine Machtinteressen instrumentalisiert. Er prangert Menschenrechtsverletzungen in Russland an, akzeptiert aber Saudi-Arabien als strategischen Bündnispartner; ein Land, das wie der Islamische Staat - Enthauptungen als öffentliche Spektakel aufführt. Emanzipatorische Politik ist mit derart doppelten Standards nicht zu machen.

Wir erleben eine anhaltende Erosion der Demokratie. Mit massenhaften Ausforschungen, wie sie durch die Enthüllungen von Snowden bekannt wurden, verändert sich die Verfasstheit westlicher Gesellschaften. Demokratie und Freiheit sind auf eine intakte Privatsphäre angewiesen. Wer mit Überwachung rechnet, ändert sein Verhalten. Die europäische Integration geht zudem einher mit einem enormen Demokratiedefizit. Auch in der Frage der Rechtsstaatlichkeit taugt das Bild nicht zur Schwarz-Weiß-Malerei.

Seit der Finanzkrise wird das Krisenmanagement in der EU unter Bruch oder Umgehung der Verträge, praktisch als permanentes Notstandsregime praktiziert.

„Russland ist auf die Bühne zurückgekehrt“

Ist der Ukraine Konflikt eine Zeitenwende und der Neubeginn eines Kalten Krieges?

Der Absturz des weltpolitischen Klimas hat früher begonnen. In Libyen hat der Westen das gemeinsam mit Russland und China getragene Mandat des UN-Sicherheitsrates überdehnt und einen Regime-Change herbei gebombt. In

So soll die Aktionswoche aussehen

Stop G7, ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen, organisiert vor Ort die Proteste gegen das Treffen der G7 Staaten, deren Politik für Sparpolitik, Armut und Kriege weltweit mitverantwortlich ist.

Vertreter des Bündnisses versuchen in Gesprächen mit Gemeindevertretern und dem Landratsamt, ein Protestcamp während des G7-Gipfels zu ermöglichen - bisher ohne Erfolg. Aus dem Bündnis war jetzt zu hören, man werde, wenn die Politik ihrer Verantwortung nicht nachkomme, über die Protesttage versuchen, ein Dauercamp mit Veranstaltungscharakter anzumelden. „Denn wir wollen einen sicheren Ort für die Menschen, die ihren berechtigten Protest zum Ausdruck bringen wollen. Die Menschen werden kommen, sie werden sich zum Schlafen hinlegen, wo sie Platz finden“, hieß es.

Das Bündnis „Stop G7“ informiert detailliert über die geplanten Proteste.

Vom 4.6.2015 bis 7.6.2015 sind am Bahnhof Garmisch-Partenkirchen, am Bahnhof Klais, am Bahnhof Mittenwald und am Parkplatz Kranzberg Infopunkte mit Versammlungscharakter vorgesehen. Am 4.6. ist der inhaltliche Schwerpunkt der Aktionen der Gipfel der Alternativen (www.alternativgipfel.org), wobei auf die am selben Tage stattfindende Münchner Demonstration gegen das Freihandelsabkommen TTIP aufmerksam gemacht wird. Freitag, der 5.6., steht unter dem Motto der internationalen Solidarität. Am Sonnabend, den 6.6., ist eine Großdemonstration geplant, die auf dem Bahnhofsvorplatz in Garmisch beginnt und wieder dorthin zurückführt.

Am Sonntag, den 7.6., ist ein Sternmarsch von den Infopunkten an den Bahnhöfen auf den Zufahrtswegen Richtung Elmau vorgesehen, um den Protest möglichst nahe an den Veranstaltungsort heranzutragen.

Am Montag, 8.06. findet dann die Abschlusskundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz in Garmisch-Partenkirchen statt.

Syrien haben sich Russland und China dann gegen jedes Eingreifen gestemmt. Als US-Präsident Obama dennoch eine rote Linie überschritten sah und Bomber losschicken wollte, entwand Moskau mit dem Chemiewaffenverzicht des Assad-Regimes den USA die Initiative. Als Edward Snowden in Hongkong Asyl suchte, reichte China den Mann wie eine heiße Kartoffel weiter. Russland gewährte ihm Asyl und demonstrierte, dass Washington nicht auf der ganzen Welt zugreifen kann. Russland ist auf die internationale Bühne zurückgekehrt. Wir erleben die Reaktion des Westens darauf.

Ist die EU in den Konflikt hineingestolpert, oder hat sie aktiv die Eindämmung Russlands betrieben?

Sie wusste, ahnte zumindest, was sie tat. In dem Assoziierungsabkommen zwischen Kiew und der EU ist ein militärischer Teil enthalten, der wenig bekannt ist. Er sieht eine Reform des ukrainischen Verteidigungssektors, den Über-

gang zu westlichen Militärstandards vor. In seinem wirtschaftlichen Teil hätte das Abkommen enorme Verluste in Milliardenhöhe für die russische Wirtschaft nach sich gezogen. Direkt nach der Regierungsbildung in Kiew wurde nicht nur die Abschaffung von Russisch als Amtssprache geplant, Kiew wollte auch das Abkommen für den russischen Marinestützpunkt Sewastopol kündigen und NATO-Mitglied werden. Man stelle sich das mal umgekehrt vor, Mexiko würde sich militärisch mit Russland und China verbünden!

Macht der Westen zurecht geltend, dass die mittlerweile von Putin offen eingestandene Annexion der Krim, die Unterstützung der Rebellen in der Ostukraine mit modernsten Kriegsmaterial und Truppen die europäische Friedensordnung verletzt und geahndet werden muss?

Die Erosion des Völkerrechts begann nicht in der Ukraine. Und sie lässt sich nicht durch



Alle Bilder dieser Seite sind vom G8 2007 Heiligendamm. © Terence, © Salvatore Barbera, © M Buschmann

einseitige Strafmaßnahmen zurückdrehen. Wer wie der Westen im Glashaussitz, sollte nicht mit Steinen werfen. Aus der Republik Serbien wurde ohne jede völkerrechtliche Legitimation der Kosovo mit Hilfe eines Nato-Bomben-Krieges herausgebrochen. Den Fall Libyen habe ich bereits erwähnt. Und die Troika, die in der Finanzkrise Griechenland, Spanien, Portugal und Irland an die Kandare genommen,

ist versäumt worden, in Europa ein System kollektiver Sicherheit zu entwickeln, in das Russland gleichberechtigt eingebunden ist. Es war von der Nato nicht gewollt. Über der Politik des Westens gegenüber Russland liegt ein Hauch von Versailles.

Was meinen Sie damit?

Nach dem I. Weltkrieg wurde in Versailles ein Friedensvertrag ausgehandelt, der mit Demütigung und exzessiven Reparationsforderungen an den Verlierer Deutschland, eine Ursache für neue Spannungen war. Nach dem II. Weltkrieg wurden daraus Lehren gezogen. Die siegreichen USA halfen dem ehemaligen Kriegsgegnern Deutschland und Japan aus den Trümmern. Nach dem Ende des Kalten Krieges aber machten die Sieger gegenüber Russland denselben Fehler wie die Sieger von 1918. Die Nato rückte an die russische Grenze vor. Die USA arbeiten seit den neunziger Jahren an einem Raketenabwehrsystem. Funktioniert es erst einmal, verliert Russland seine Fähigkeit zum nuklearen Zweitschlag, es könnte durch einen atomaren Angriff durch die USA „enthauptet“ werden. Von der ukrainischen Nordgrenze würden US-Raketen in fünf Minuten Moskau erreichen. Wer das nicht in Betracht zieht, versteht den Konflikt um die Ukraine nicht.

Lässt sich der Brandherd in der Ukraine löschen?

Im Abkommen von Minsk II sind alle wesentlichen Be-

standteile dafür enthalten. Die Waffenruhe und die Truppenentflechtung sind ja nur der Anfang. Mit einer Reform der ukrainischen Verfassung, der Gewährung von kulturellen Autonomierechten an die Regionen geht es an wesentliche Ursachen des Konflikts. Und mit der einheitlichen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok scheint auch die Perspektive einer neuen Phase gesamteuropäischer Kooperation auf.

In Deutschland steht Aufrüstung wieder auf der Tagesordnung. Ist das eine vernünftige Reaktion auf den offenen Bruch des Völkerrechts durch Russland?

Das ist eine ungute Entwicklung. Die neue Aufrüstung, die weltweit in Gang gesetzt wird, zieht finanzielle Mittel, Aufmerksamkeit und Problemlösungsfähigkeit von den eigentlichen globalen Herausforderungen ab: Der Klimawandel, der Kampf gegen Hunger und Armut. Ich bezweifle allerdings, dass dieser Schwenk zur Aufrüstung in Deutschland sehr weit gehen und von Dauer sein wird. Maßgebliche Teile der deutschen Funktionsebenen wollen überall auf der Welt in Ruhe Geld verdienen. Die Militarisierung der Außenpolitik schränkt das unterm Strich ein.

„Merkel hat beherzt nach der Führung gegriffen“

Deutschland hat die Federführung bei der Reaktion des Westens auf den Ukraine-Konflikt übertragen bekommen.

Merkel hat sich die Federführung genommen. Die Kanzlerin hat gespürt, wie brisant die Sache wird und versucht jetzt, eine gemäßigte, mittlere Linie zu fahren. Scharfmacher wie in Polen oder Großbritannien kommen dabei ebenso wenig zum Zuge, wie jene Kräfte, die jetzt ein Ende der Sanktionen wollen. So will Berlin den USA wenig Vorwände zur Einmischung bieten. Die Polen waren in Minsk nicht mehr an Bord, anders als vor einem Jahr noch bei den Verhandlungen in Kiew. Nur die Franzosen sind noch dabei, als eine Art Alibi, damit Ängsten vor deutscher Dominanz vorgebeugt wird.

Die Bundesregierung hat den Gipfel auf das Schloss Elmau gelegt, weil sich dort relativ leicht Protest fernhalten lässt. Dürfen die Regierenden damit durchkommen?

Nein, das dürfen sie nicht. Dieser hemdsärmelige Umgang mit dem Demonstrationsrecht ist Teil der bereits erwähnten Erosion der Demokratie. Beim Gipfel in Heiligendamm hat der Protest durch seine Vielfalt gewirkt. Der Alternative Gipfel versorgte die Medien mit kritischen Sichtweisen, Aktionen zivilen Ungehorsam und die Großdemonstration zogen ebenfalls mediale Aufmerksamkeit auf sich. Attac will den Protest zusammenführen und ist bei beiden Schauplätzen, in Garmisch-Patenkirchen und München, dabei, um den Mächtigen die Antwort zu geben, die sie verdienen.



sich dort zur Nebenregierung aufgeschwungen hat, ist in keiner Verfassung, in keinen EU-Verträgen vorgesehen. Schließlich stand der Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine Yanukowitsch auch nicht in Einklang mit der Schlussakte von Helsinki. Bereits am Tag nach dem Sturz wurde die neue Regierung in Kiew aus den westlichen Hauptstädten anerkannt. Das Kernproblem ist: Nach dem Ende des Kalten Krieges

